



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Weltlage.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die Weltlage.



Seit am Neujahrstage 1859 Napoleon III. dem österreichischen Botschafter einen Krieg in Italien in Aussicht stellte, ließ es sich die zivilisirte Welt in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts ein Jahrzehnt lang gefallen, daß von der Laune und dem Willen eines einzigen Mannes das Wohl und Wehe von Hunderten von Millionen friedliebender Menschen abhängig gemacht wurde. Und gerade diejenige Nation, welche eifersüchtig auf ihre zivilisatorische Mission ist und für sich das Verdienst in Anspruch nimmt, den Völkern die Freiheit und den Unterthanen die Mitbestimmung an den Geschicken der Gesamtheit errungen zu haben, sie war stolz auf diesen Vorrang in dem Räte der europäischen Mächte. Furchtbar hat sich an Napoleon und seiner Nation dieses Prestige, der Welt ihren Willen aufzudrängen, gerächt, und wenn aus der Geschichte Lehren gezogen werden sollen, so wäre diese ernste Wendung des Geschickes gewiß geeignet, um Herrscher und Völker vor der Wiederkehr frevelhafter Herausforderung des Schicksals zu warnen.

Wie heute die Machtosphäre der Nationen verteilt ist, so bedarf keine für ihre Existenz und für die Entwicklung ihrer innern und äußern Wohlfahrt einer weiteren Ausdehnung. Nach dem Grundsätze der Nationalität haben sich die Staaten befestigt, Italien und Deutschland sind geeinigt, England und Rußland haben eine Machtstellung in zwei Welten errungen, und Osterreich-Ungarn hat in der Mitte Europas den Beruf erhalten, das Gleichgewicht zu vermitteln. Gebiete, welche sich früher von der zivilisirten Welt abgeschlossen haben, beginnen sich zu öffnen; Mittelasien, Japan und China, der afrikanische Kontinent geben

dem Wettbetriebe der Völker zur Anknüpfung von Handelsbeziehungen den weitesten Spielraum, und wenn Vernunft und Logik ihre Herrschaft zu üben berufen wären, so müßte unser Zeitalter das des Friedens sein.

Aber gerade auf den Krieg scheint sich die Welt vorzubereiten; ganz Europa starrt in Waffen, und nicht etwa ehrgeizige Herrscher, sondern die Völker sind es, welche über einander herzufallen drohen und keine Scheu tragen, die Errungenschaften unsrer Kultur in das Chaos der Barbarei umzuwandeln. Jeder ernste Mann sieht mit Bekümmerniß der Zukunft entgegen.

Der glimmende Funke liegt nicht bloß in der Erbschaft, zu deren Eröffnung und Antritt am Bosphorus zahlreiche Prätendenten bereit stehen; das Gewitter droht gleichzeitig von Westen und von Osten. Die Republik in Frankreich hat es trotz sechzehnjähriger Dauer nicht vermocht, für den Frieden zu wirken. Die Herrschaft gleitet mehr und mehr den Radikalen zu und ruht zur Zeit in den Händen eines Ministeriums, dem keine Partei Unterstützung und Vertrauen entgegenbringt; der Präsident ist ohne Einfluß und alt; abgesehen davon, daß die Verfassung keinen Vertreter für ihn kennt, so würde heute in Frankreich niemand bezeichnet werden können, der zu seiner Nachfolge berufen wäre. Schon wirft das Gespenst des Staatsstreiches seinen Schatten, und schon hat in ernster Sitzung des Senats ein Mitglied es wagen dürfen, offen den Kriegsmiñister aufzufordern, daß er mit seinem Säbel das Regiment an sich reiße. Kommt es dahin, dann erscheint ein Krieg mit Deutschland unausbleiblich, weil alle Machthaber die Idee der Revanche seit mehr als einem Jahrzehnt großgezogen haben und alle französischen Parteien sich in ihr begegnen. Man muß — oft genug mit dem Gefühle der Beschämung — anerkennen, daß, wie verkehrte und wahnwitzige Bahnen auch der Patriotismus in Frankreich einschlägt, wenn es sich um die Größe und Ehre des Vaterlandes handelt, der Royalist mit dem Kommunard Seite an Seite kämpft. Während der deutsche Sozialdemokrat ohne Scheu für die Zurückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich eintritt, fordert der französische Anarchist den Krieg, um diese Provinzen seinem Vaterlande wieder zu verschaffen. Jede Partei bewilligt opferfreudig die größten Mittel, um diesen Krieg vorzubereiten, niemand nimmt die Belastung des Volkes zum Vorwand, um Ersparnissen am Kriegsbudget das Wort zu reden, der roteste Republikaner buhlt um die Freundschaft des russischen Zaren, und es ist ein offenes Geheimnis, daß ein Ministerium Floquet nicht zu stande kam, weil Floquet als Polenfreund, welcher dem verstorbenen Kaiser Alexander das Vive la Pologne ins Gesicht schleuderte, in Petersburg Mißstimmung erregt haben würde. Wer es in Frankreich mit der Republik ernst meint, muß den Frieden wollen, denn jede Veränderung in der gegenwärtigen Regierungsform bringt unbedingt den Krieg. Diese Veränderung ist aber eine so nahe, daß selbst ein Krieg von denen, welche sie vermeiden möchten, zur Ablenkung der öffentlichen Meinung heraufbeschworen werden kann.

Bei unserm russischen Nachbar gewinnt die panslawistische Bewegung die Oberhand und sucht die Massen immer mehr zu ergreifen. Auch hier begegnen sich die verschiedensten Elemente der Gesellschaft, die aus einem Kriege die Erreichung an sich sehr verschiedener Ziele hoffen. Es sind Leute darunter, die sich in dem Glauben wiegen, daß ein Krieg die unruhigen Gemüther im Innern besänftigen und die Forderungen nach Reformen und Freiheit verstummen machen werde. Größer aber ist noch die Zahl derer, welche gerade von dem Kriege die Verwirklichung ihrer destruktiven Bestrebungen erwarten. Niederlage wie Sieg können in gleicher Weise dem Selbstherrschertume des Zaren gefährlich werden und den Lauf einer ruhigen Entwicklung zerstören. In dem Schoße der Götter liegt es, ob die eine oder die andre Meinung die Oberhand behalten, ob die lange durch enge Familienbande gepflegte Tradition der Freundschaft mit Deutschland auch noch ferner der Leitstern der russischen Politik sein wird. Das Liebäugeln der russischen Gesellschaft mit den französischen Republikanern mag vielleicht eine Warnung enthalten, denn der Nihilismus hat seine Lehren aus Frankreich geschöpft, und eine engere Verbindung mit der Republik trägt die Gefahr eines Wachstums der russischen revolutionären Ideen in sich. Deutschland hat keinen Grund, der Ausbreitung der russischen Herrschaft in Asien entgegenzutreten, Deutschland wünscht, wenn je mit einer Nation, so mit der russischen in Frieden zu leben, und seine Regierung hat oft genug im Widerspruche mit einer irrefeleiteten öffentlichen Meinung Beweise der Freundschaft für Rußland und seinen Zaren geliefert. Aber es giebt kein Mittel, Liebe und Freundschaft zu erzwingen, und so beruhen auch hier die Hoffnungen für die Erhaltung des Friedens auf unberechenbaren Voraussetzungen.

Bei allen Sympathien, welchen wir in England und Italien begegnen, muß es doch sehr fraglich sein, ob die Interessen dieser Mächte von dem Kriege gegen Deutschland so berührt werden, um uns mit bereiten Mitteln zur Seite zu sein oder ihn gar zu verhindern. Die Freundschaft, welche Deutschland mit Oesterreich-Ungarn verbindet, hat nur dann einen Wert, wenn beide Mächte über starke Heere befehlen, und macht es nicht überflüssig, daß Deutschland sich nach beiden Seiten rüstet.

Bis jetzt ist Deutschland der Hort des Friedens gewesen; das Wort, welches in Napoleons Munde eine Lüge war, in Deutschland ist es verwirklicht worden, daß das Kaiserreich der Friede ist. Von seiner Machtstellung, welche es nach den schweren Kriegen von 1866 und 1870 errungen hat, machte es nur für die Erhaltung des Friedens Gebrauch. Das zeigte sich darin, daß es nicht nur im Jahre 1866 Oesterreich in seinem Bestande erhielt und es später durch das Bündnis mit ihm lebenskräftig gestaltete, sondern auch, daß es trotz der vielen Herausforderungen Frankreichs dieses nicht mit einem neuen Kriege überzog zu einer Zeit, in welcher das deutsche Heer noch das Übergewicht hatte. Dieses Verdienst unsrer Politik kann nicht hoch genug angeschlagen werden; denn

jedes Jahr der Erhaltung des Friedens macht diesen auch in den Augen kriegerischer Nachbarn zu einem wertvollen Gegenstande und bestärkt die Hoffnung, die Störung des Weltfriedens werde mit der größern Entwicklung seiner Vorzüge immer gefürchteter werden. Aber bei der politischen Weltlage ist diese Erhaltung nur unter Aufwendung aller Machtmittel möglich. Nie sind die Opfer für die Aufbringung derselben so groß, um die Folgen eines unglücklichen Krieges aufzuwiegen, und selbst ein glücklicher Krieg zerstört in dem Lande der allgemeinen Wehrpflicht so kostbare Elemente, daß für deren Schonung keine Militärforderung in Betracht kommen kann.

Um sich diese Machtstellung zu erhalten und der Sicherung des Friedens die allein feste Grundlage zu geben, die in der Furcht unsrer Nachbarn, mit uns anzubinden, liegt, hatten die verbündeten Regierungen bei dem Reichstage die Erhöhung des Militärbudgets auf sieben Jahre eingebracht. Bei allen Anfeindungen ist doch die Meinung, daß zu viel gefordert worden sei, nicht aufgeworfen worden, und in der That, es wäre ein Verbrechen, auch nur vermuten zu wollen, daß die Regierungen unnütze Opfer der Nation auferlegen möchten. Aber das Schauspiel, welches die Reichstagsmehrheit dieser Forderung gegenüber bot, ist geeignet, unsre Feinde zu ermutigen. Während in Frankreich die Parteien ihren Hader beiseite setzen, vereinigt sich im deutschen Reichstage alles, was Opposition heißt, um der nötig gewordenen Schutzwehr der Reichsexistenz entgegenzutreten. Fortschritt und Zentrum haben es mit Hilfe der Sozialdemokratie durchzusetzen gewußt, daß die Verhandlungen der Militärkommission verzögert worden sind und zu einem Ergebnis geführt haben, welches das Zustandekommen der Vorlage in Zweifel stellt. Diese Verzögerung kann zur Folge haben, daß die notwendige Ergänzung der Kriegsbereitschaft nicht rechtzeitig hergestellt werden kann, und daß somit im Falle der Not Deutschland schwächer ist als diejenigen Völker, die es mit Krieg überziehen.

Alle Sophistik, mit der die Wortführer des Fortschritts und des Zentrums diese Folgen zu beschönigen suchen, kann sie nicht beseitigen, und wenn das deutsche Volk die Weihnachtszeit, die Zeit der Verkündigung des Friedens für die Völker auf Erden, in Unruhe zubringt, wenn es das neue Jahr mit drückenden Sorgen für seine Zukunft begeht, so muß es sich klar machen, wem es dieselben verdankt. Man lasse sich nicht dadurch täuschen, daß es während der Verhandlungen über die Militärvorlage auf dieser und jener Seite im Ausland an Friedensbeteuerungen nicht gefehlt hat. Denn für die unserm Reiche feindlichen Nationen ist es von Interesse, daß die Militärerhöhung nicht zu stande komme. Aber daß wiederum Deutsche es sind, welche diesen Bemühungen in die Hände arbeiten, das ist nicht bloß eine Schmach, sondern ein Jammer, und wenn dereinst Rechenschaft gefordert werden sollte, daß das Blut deutscher Söhne im Jahre 1870/71 umsonst geflossen ist, so wird die Nation diese Rechenschaft bei

der gegenwärtigen Mehrheit des Reichstages zu suchen haben, freilich zu einer Zeit, in der auch die Herren Windthorst und Richter sich nur den Ruhm des Herostratos werden streitig machen können.



## Die Schäden der Kirche

### und die Unzulänglichkeit des theologischen Studiums.



Es vor einigen Wochen der restaurirte Dom zu Merseburg in Gegenwart des deutschen Kronprinzen neu geweiht worden war und nun eine Besichtigung der Kirche stattfand, fiel dem Kronprinzen auf, daß dem Hauptaltare, welcher an jenem Tage nicht benutzt wurde, das Kreuzifix fehlte. Er nahm ein solches aus der Sakristei, stellte es auf den Altar und fragte seine Umgebung: Glauben Sie, daß dies Kreuz hier stehen bleiben wird? — eine ganz gewiß bedeutungsvolle Frage. In welchem Sinne der Kronprinz seine Frage selbst beantwortet haben würde, können wir nicht wissen; unsre Antwort ist ein unzweifelhaftes Ja. Wir glauben wirklich, daß das Kreuz auf dem Altare stehen bleiben wird — nicht darum, weil man es stehen läßt oder weil eine mächtige Hand es daselbst aufrichtet, sondern weil wir die Überzeugung haben, daß unser Glaube, dessen Symbol das Kreuz ist, Kraft genug hat, jene Zeitkrankheit, welche zerlegend in Staat, Haus, Gewerbsleben, Kirche — kurz, in alle Arten des Zusammenlebens eingebracht ist, doch endlich zu überwinden.

Damit soll nicht die Meinung ausgesprochen werden, daß man im Vertrauen auf diese Kraft jenen zerstörenden Kräften nur einen passiven Widerstand entgegenzusetzen brauche. Alle kirchlichen Kreise und Richtungen sind darin einig, daß das Nötige geschehen müsse. Nur weichen die Ansichten darüber von einander ab, was not thue. Die gegenwärtig sich an den Namen Hammerstein anschließende Bewegung, welche die kirchlich konfessionellen und positiv-unirten Kreise umfaßt, fordert unter anderm die Ersetzung der kaum eingerichteten synodalen Verfassung durch die episcopale. Es handelt sich dabei, das muß man anerkennen, nicht um kirchenpolitische Liebhabereien, sondern um eine nicht unberechtigte Reaktion gegen das regierende Kollegien- und Majoritätensystem, dessen Glanz unzweifelhaft zu verblaffen beginnt. Auch auf dem Gebiete der Verwaltung und der Justiz erheben sich Stimmen gegen die Kollektivvota zu Gunsten persönlicher Autorität und persönlicher Verantwortung. Wie wenig aber gerade auf kirchlichem Boden die persönliche Einwirkung durch Verfügung eines Kon-